



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10196, 17/11097

Bilanz der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens in Bayern nach zwei Jahren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die bisherigen Auswirkungen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürger Bulgariens und Rumäniens seit dem 1. Januar 2014 zu berichten.

Dabei soll sie insbesondere darauf eingehen,

1. wie sich die Zahl der sich in Deutschland aufhaltenden rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen seit Wegfall der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit bundesweit und bayernweit entwickelt hat,
2. wie hoch die Beschäftigungsquote rumänischer und bulgarischer Staatsbürger in Bayern ist und in welchen Berufsfeldern sie vorrangig beschäftigt wurden,

3. ob und inwieweit,
 - a) die damals von Seiten der Staatsregierung vorgebrachten Befürchtungen, die mit dem Wegfall der Beschränkungen verbunden waren, bislang eingetreten sind,
 - b) es messbare Unterschiede im Entwicklungsverlauf zu den ersten beiden Jahren nach dem Wegfall der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung zum 1. Mai 2011 in Bayern gab,
 - c) insgesamt der drohende Fachkräftemangel in weiten Teilen der bayerischen Wirtschaft durch die Aufhebung der Beschränkungen abgemildert werden konnte,
 - d) sogenannte Armutsmigration schon bestehende Probleme in bayerischen Kommunen seit 2014 weiter verschärft hat und welche Maßnahmen die Staatsregierung daher ergriffen hat, um die Integration zu fördern,
 - e) hierfür europäische Fördermittel in der neuen Förderperiode 2014 – 2020 in diesem Bereich zum Einsatz kamen, um die bayerischen Kommunen zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident